

02.07.2015
115b

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement

von Prof. Dr. Bernhard Emunds

beim Pressegespräch zur Vorstellung der Studie

**„Wen kümmert die Sorgearbeit? Gerechte Arbeitsplätze in Privathaushalten“
der Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik
am 2. Juli 2015 in Berlin**

In deutschen Privathaushalten sind viele Migrantinnen aus Mittel- und Osteuropa sowie aus Asien unter ungerechten und nicht selten auch entwürdigenden Bedingungen erwerbstätig. Sie arbeiten vor allem als Reinigungskräfte und in der sogenannten 24-Stunden-Pflege. Ungerecht sind ihre Arbeitsverhältnisse, weil es keinen schriftlichen Arbeitsvertrag gibt, die Haushaltsarbeiterinnen z. B. bei Unfällen, im Krankheitsfall oder bei Kündigung nicht geschützt sind und keinen bezahlten Urlaub haben. Entwürdigend ist es, wenn das Recht von „Live-in“-Pflegekräften auf persönliche Freiräume, die nicht von Arbeitsverpflichtungen bestimmt sind, missachtet wird. So ist z. B. häufig nicht garantiert, dass sie wenigstens einmal pro Woche eine Auszeit von 24 Stunden haben.

Schlecht bezahlte und unsichere Haushaltsarbeit („domestic work“) ist in Deutschland – aber auch in vielen anderen Industrieländern – kein unbedeutendes Randphänomen mehr. Hier breitet sich informelle Beschäftigung schnell aus – eine Form der Erwerbsarbeit, die es in westlichen Gesellschaften über Jahrzehnte kaum mehr gab. Hintergrund ist, dass der Bedarf an bezahlter Sorgearbeit schnell wächst. Ursächlich dafür sind Trends wie die Zunahme pflegebedürftiger Personen und die steigende Erwerbspartizipation von Frauen, der eine nur langsam wachsende Beteiligung der Männer an der Sorgearbeit gegenübersteht. Der zunehmende Bedarf wird durch Arbeit zu schlechten Bedingungen gedeckt, weil die Tätigkeit im Privathaushalt als wenig qualifiziert gilt. Außerdem können heute Migrantinnen beschäftigt werden, die bereit sind, für wenig Geld hart zu arbeiten.

Wie wirkt sich die Arbeitsmigration so vieler „domestic workers“ auf ihre Herkunftsländer aus? Mit der Migration exportieren diese Staaten

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischöflichen Konferenz

gewissermaßen Sorgearbeit in reichere Länder, so dass z. T. nun bei ihnen größere Versorgungsdefizite entstehen. Die zeitweilige oder dauerhafte Abwesenheit einer Frau, die in ihrer Familie eigentlich das Gros der Sorgearbeit geschultert hatte, reißt eine große Lücke. Die sollen – so wünschen es sich die Migrantinnen – vor allem ihre weiblichen Verwandten kompensieren, wozu diese aber zumeist nur unvollständig in der Lage sind. Ein weiteres Problem ist damit verbunden, dass die meisten Frauen, die in den Haushalten reicherer Länder Arbeit suchen, überdurchschnittlich hohe formale Qualifikationen vorweisen. Aufgrund der Arbeitsmigration als „domestic workers“ bleiben diese persönlichen und gesellschaftlichen Investitionen in Bildung ungenutzt. Neben solchen negativen Wirkungen gibt es aber auch positive. Dazu gehört, dass die Frauen, die nun über von ihnen selbst erarbeitetes Geld verfügen bzw. einen recht großen Betrag zum Familieneinkommen beisteuern, häufig selbständiger werden und ihren Partnern mit mehr Selbstbewusstsein begegnen.

In den schlechten Arbeitsbedingungen der Haushaltsarbeiterinnen drückt sich eine geringe gesellschaftliche Wertschätzung von Sorgearbeit aus. Deutschland und andere westliche Gesellschaften sind Arbeitsgesellschaften, in denen die Erwerbsarbeit hohes Ansehen genießt: als Quelle eines eigenständigen Einkommens, als Instrument persönlicher Bewährung und Entfaltung sowie als Ort gesellschaftlicher Integration. In Arbeitsgesellschaften wird das alltägliche Leben wahrgenommen in einer Dualität von Arbeit und Freizeit; dabei steht „Arbeit“ für die Erwerbsarbeit und die mit anderen Erwerbstätigen geteilte Arbeitsstätte, „Freizeit“ dagegen für alles, was nicht Erwerbsarbeit ist, und die häusliche Privatsphäre. Die Sorgearbeit, die man im privaten Bereich für andere Familienangehörige oder für einen selbst leistet, fällt damit durch das Raster; sie bleibt weithin unsichtbar. Je stärker eine Gesellschaft auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet ist, je konsequenter sie das Ziel verfolgt, dass alle Erwachsenen mit Vollzeitstellen an der Erwerbsarbeit partizipieren, desto mehr droht die Sorgearbeit unter die Räder zu geraten. In ihr – wie auch in der Muße – regenerieren sich physische und psychische Gesundheit sowie soziale Beziehungen. Mit ihr übernehmen Menschen Verantwortung füreinander, nicht zuletzt auch für die, die nicht für sich selber sorgen können. Eine Gesellschaft, die den Menschen zu wenig Zeit lässt für Sorgearbeit, lebt auf die Dauer von ihrer Substanz. Das zeigt sich besonders deutlich an den hohen Belastungen derjenigen (zumeist sind es Frauen), die familiäre Verantwortung für kleine Kinder oder für pflegebedürftige (Schwieger-)Eltern übernommen haben und diese Sorgearbeit nun mit einer herausfordernden Erwerbsarbeit in Einklang bringen müssen.

So stehen Deutschland und andere Industrieländer vor der Aufgabe, die gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit nachhaltig und gerecht zu organisieren. Wer in einer Lebensphase viel Sorgearbeit leistet, weil er Verantwortung für Kinder oder für Pflegebedürftige übernommen hat, sollte den Stundenumfang seiner Vollzeitstelle reduzieren können, ohne hohe Einkommenseinbußen hinnehmen zu müssen. Möglich wäre dies mit einer hohen, vom bisherigen Arbeitseinkommen abhängigen Sozialleistung, die es bei Paaren beiden Partnern ermöglichen soll, Erwerbs- und Sorgetätigkeiten zu kombinieren, ohne sich zu überarbeiten.

Auch der Ausbau von personenbezogenen Dienstleistungen, die in den Haushalten erbracht werden, ist Teil einer nachhaltigen Organisation von Sorgearbeit. Das setzt allerdings voraus, dass die Arbeitsbedingungen der „domestic workers“ verbessert werden. Das könnte gelingen, wenn den Arbeitgeber/innen Anreize gegeben werden, sich auf eine Formalisierung der Arbeitsverhältnisse und auf eine Verbesserung der Vertragsbedingungen für die Haushaltsarbeiterinnen einzulassen. Mögliche Instrumente sind Dienstleistungsschecks nach belgischem Vorbild und – im Fall der Pflegekräfte, die in Privathaushalten arbeiten – die Auszahlung eines höheren Pflegegeldes, das an die Einhaltung arbeitsrechtlicher Mindeststandards (z. B. bezüglich der Ruhezeiten) gebunden ist.

Jenseits konkreter Reformschritte ist die nachhaltige und gerechte Organisation von Sorgearbeit eine zentrale Zukunftsherausforderung moderner Gesellschaften. Um sich ihr zu stellen, bedarf es in Deutschland einer breiten politischen Debatte.